

WWW.  
VATERLAND.LI

# LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - [www.vaterland.li](http://www.vaterland.li)



**USV mit 1:1-Remis gegen Tuggen**  
Eschen/Mauren verpasste es in der ersten Halbzeit, aus etlichen Chancen Tore zu erzielen. 13

**Viele binationale Ehen**  
Sowohl Hochzeiten als auch Scheidungen haben in Liechtenstein zugenommen. 2

**12 Uhr. Was Neues?**

Gehen Sie online.



## Lage nach angeblicher Drohung beruhigt

Nach Gerüchten um eine angebliche Amokdrohung an den Weiterführenden Schulen Triesen warnt die Landespolizei davor, ungesicherte Informationen über die Sozialmedien weiterzuverbreiten. Stattdessen solle man sich direkt an die Polizei wenden. Diese konnte zwischenzeitlich mit dem Jugendlichen Kontakt aufnehmen, auf den sich die Gerüchte bezogen haben. Eine abschliessende Gefahreinschätzung sei aber noch nicht möglich. (red) 5

## Italien lagert Aufnahmezentren aus

Als erstes EU-Mitglied lagert Italien seine Asyl-Aufnahmezentren in einen Drittstaat aus. In zwei Aufnahmezentren in Albanien sollen die Asylanträge von Geflüchteten überprüft werden. Auch Deutschland und Frankreich ziehen ihre Asylgesetze an, um die Anzahl der Aufgenommenen im Land zu reduzieren. (red) 18/19

## Sapperlot

Es gibt ja so manche Dinge, für die man in die Ferien fährt oder fliegt

# Pflege stärken: Weil's in Regierung nicht klappt, soll's Landtag richten

Landesspital, LAK und Co. bitten den Landtag darum, die Staatsbeiträge für Pflegeeinrichtungen zu erhöhen.

**Elias Quaderer**

Die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte in Liechtenstein müssen verbessert werden – und zwar noch auf Beginn des neuen Jahres: Dies forderten das Landesspital, die Familienhilfe Liechtenstein, die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK) sowie die Lebenshilfe Balzers im August in einem Schreiben an die Regierung. Der Grund für die Eile: Die vier Pflegeinstitutionen fürchten, bei der Rekrutierung von Personal gegenüber der Schweiz ins Hintertreffen zu geraten. Denn mit dem Ja zur Pflegeinitiative im Jahr 2021 wurde der Schweizer Bund dazu verpflichtet, mit diversen Massnahmen die Pflegeberufe zu stärken.

Die Regierung wollte den Forderungen der Pflegeinstitutionen nachkommen: Das Gesellschaftsministerium kündigte an, dass noch in diesem Jahr eine Gesetzesvorlage zur Förderung der Pflegeberufe in den Landtag kommt. Doch dieses Ziel hat die Regierung ver-

passt, wie das Ministerium bestätigt: Die Frist für Gesetzesvorlagen, damit sie noch in den Dezember-Landtag kommen, ist letzte Woche ausgelaufen.

Über die Gründe, weshalb es nicht geklappt hat, schweigt das Gesellschaftsministerium. Mehr erfährt man aus einem Schreiben vom letzten Freitag, das das Landesspital, die LAK, die Familienhilfe und die Lebenshilfe an die Landtagsabgeordneten richteten: Die vier Institutionen berichten darin, dass in der Regierungssitzung vom 31. Oktober schon zum zweiten Mal ein Gesetzesentwurf durchgefallen sei. Bereits im Juli sei die Gesamtregierung auf einen Entwurf nicht eingetreten.

### Insgesamt 2,3 Millionen Franken mehr für Pflegeeinrichtungen

Da es über den Regierungsweg nicht mehr möglich ist, auf Anfang 2024 Massnahmen umzusetzen, wenden sich die vier Pflegeinstitutionen nun an den Landtag. Sie bitten die Abgeordneten, in der diese Woche anstehenden

Budgetdebatte die Staatsbeiträge für mehrere Einrichtungen auf das nächste Jahr zu erhöhen. Neben dem Landesspital, der LAK, der Familien- und Lebenshilfe sollen auch das HPZ, der Verein für Betreutes Wohnen und das Frauenhaus Liechtenstein mehr Geld erhalten. Die zusätzlich gewünschte Unterstützung beläuft sich insgesamt auf rund 2,3 Millionen Franken. Mit diesem Zuschuss soll es für die Betriebe möglich sein, die Arbeitsbedingungen für Pflegende zu verbessern.

### «Dieses Vorgehen ist sicher sehr ungewöhnlich»

Die vier Institutionen, die das Schreiben unterzeichnet haben, wollten sich vor der Landtagssitzung nicht weiter zu ihrer Bitte an den Landtag äussern.

Auffallend ist jedoch: Im Rahmen einer Kleinen Anfrage von Daniel Oehry (FBP) im September hat Gesellschaftsminister Manuel Frick ausgeführt, welche Punkte im Landesbudget 2024 angepasst werden müssten, um

den Forderungen der Pflegeinstitutionen nachzukommen. Es scheint fast so, dass der Minister eine Anleitung gab für das Vorgehen, das nun den Abgeordneten im Schreiben vorgeschlagen wurde. Doch das Gesellschaftsministerium weist einen Zusammenhang zurück: Frick habe nur die Kleine Anfrage beantwortet. Das Gesellschaftsministerium habe vom Schreiben der Pflegeinstitutionen erst kurz vor dessen Versand an die Abgeordneten erfahren. Und aus Sicht des Ministeriums wäre ein Entscheid zur Förderung der Pflegeberufe über den Regierungsweg «wünschenswert» gewesen.

Düpiert zeigt sich indes Regierungschef Daniel Risch: «Dieses Vorgehen ist sicher sehr ungewöhnlich, zumal drei der vier Institutionen bereits heute oder in Kürze der Oberaufsicht der Regierung unterstellt sind bzw. sein werden», erklärt er auf Anfrage. Sollte dieses Beispiel Schule machen, «könnte die Regierung inskünftig auf den Budgetprozess verzichten». 3

# Bessere Bedingungen für Pflegeberufe: Warum tut sich die Regierung so schwer?

Zweimal soll ein Gesetzesentwurf für Pflegende in der Regierung gescheitert sein. Viel spricht dafür, dass es an fehlenden Zahlen und Fakten lag.

Ellas Quaderer

Die Geduld des Landesspitals, der Liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe (LAK), der Familienhilfe Liechtenstein und der Lebenshilfe Balzers ist am Ende. Die vier Betriebe erwarteten ursprünglich, dass noch in diesem Jahr eine Gesetzesvorlage in den Landtag kommt, um die Arbeitsbedingungen des liechtensteiner Pflegepersonals zu verbessern. Doch daraus wird nichts: Zweimal – einmal im Juli und noch einmal am 31. Oktober – soll ein entsprechender Gesetzesentwurf in der Regierungssitzung durchgefallen sein. Damit gibt es keine Chance mehr, dass über den Regierungsweg noch in diesem Jahr eine Pflegeberuf-Vorlage in den Landtag kommt.

Darum versuchen es die vier Betriebe nun über einen anderen Weg: Letzten Freitag wandten sie sich in einem Schreiben an den Landtag. Darin bitten sie die Abgeordneten, im Rahmen der Budgetdebatte die Staatsbeiträge für insgesamt sieben Pflegeeinrichtungen aufs kommende Jahr zu erhöhen. Gesamthaft geht es um Mehrkosten von etwa 2,3 Millionen Franken. Mit dem zusätzlichen Geld soll es den betroffenen Pflegeeinrichtungen möglich sein, die Arbeitsbedingungen für ihre Mitarbeiter zu verbessern.

## Regierungschef spielt Ball Gesellschaftsminister zu

Wenig erfreut über das Schreiben ist die Regierung. «Dieses Vorgehen ist sicher sehr ungewöhnlich», so Regierungschef Daniel Risch auf Anfrage. Allerdings stellt sich auch die Frage: Warum entschied sich die Ge-



Um Pflegeberufe attraktiver zu gestalten: Vier Einrichtungen fordern 2,3 Millionen Franken mehr für Liechtensteins Pflegebetriebe.

Bild: Keystone

samtregierung zweimal dafür, nicht auf die Pflegeberuf-Vorlage einzutreten? Wo klemmt es?

Das zuständige Gesellschaftsministerium erklärt dazu auf Anfrage: «Zu Regierungsinterna kann das Ministerium keine Stellung beziehen.» Auch der Regierungschef hält fest, dass er aufgrund des Kollegialitätsprinzips keine Details über die internen Diskussionen nen-

nen könne – zumal er aufgrund eines EWR-Treffens in Oslo an der Regierungssitzung vom 31. Oktober nicht anwesend war.

Risch fügt aber an: «Wenn ein Bereich – in diesem Fall die Pflegeberufe – gestärkt werden sollen, dann ist es wichtig, die Ausgangslage und die Zielsetzung zu kennen.» Dafür brauche es entsprechende Zahlen und Analysen. Der Landtag

und die Regierung müssten wissen, wo sie stehen. «Wichtig erscheint mir – und das gilt generell für die Arbeit in der Regierung –, dass wir weitreichende finanzielle Entscheide basierend auf einer ausreichenden Zahlen- und Faktenlage machen.» Damit deutet der Regierungschef zumindest an, woran es wohl bei den gescheiterten Gesetzesentwürfen haperte: an einer ausrei-

chenden Zahlen- und Faktenlage. Und dann spielt Risch den Ball dem Gesellschaftsminister zu, indem er festhält, dass die Aufarbeitung von Entscheidungsgrundlagen Aufgabe des zuständigen Ministeriums sind.

Bezüglich fehlender Grundlagen findet sich auch ein Hinweis im Schreiben an den Landtag: Es wird berichtet, dass sich die Präsidentinnen und Präsidenten der vier Pflegebetriebe Ende August mit Regierungschef Risch zu einer Besprechung trafen. Als Ergebnis erhielten die Präsidenten den Auftrag, zusätzliche Expertise einzuholen. Diesem Auftrag seien sie aber mittlerweile nachgekommen.

## Höhe der Zulagen nach unten geschraubt

Um die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern, fordern die Pflegeinstitutionen drei Massnahmen: Die Inkonvenienz-Zulage für Dienste ausserhalb der gewöhnlichen Arbeitszeit – wie etwa Nachtdienste – soll erhöht werden. Ebenfalls sollen die Ausbildungslöhne künftig höher ausfallen. Und es wird gefordert, eine Sonderzulage für besonders herausfordernde Tätigkeiten wie Arbeiten mit dementen Menschen einzuführen.

Im Rahmen einer Kleinen Anfrage im September-Landtag erklärte Gesellschaftsminister Manuel Frick, dass die Inkonvenienz-Zulage für Dienste an Feiertagen, Wochenenden und für Abenddienste von derzeit 6.80 Franken pro Stunde auf 23.80 Franken erhöht werden soll. Im Schreiben an den Landtag fordern die vier Pflegeinstitutionen

nun aber nur mehr 14 Franken pro Stunde. Eine Anfrage an die vier, weshalb sie die Zulage nach unten anpassten, blieb unbeantwortet. Vor der Landtagsdebatte wollen sich die Betriebe nicht zu ihrem Schreiben äussern. Das Gesellschaftsministerium gibt dafür Auskunft, dass 23.80 Franken pro Stunde im regionalen Vergleich zu hoch ausfielen. Darum hätten die Institutionen die Forderungen nach unten geschraubt.

## Vorteile in der Schweiz, die Liechtenstein nicht kennt

Generell belaufen sich die Inkonvenienz-Zulagen in Ostschweizer Kantonen zwischen 5.50 und 7 Franken pro Stunde. Demnach liegt die Zulage von 6.80 Franken in Liechtenstein im Rahmen des Üblichen. Das Gesellschaftsministerium betont aber: «Dieser Vergleich alleine ist nicht aussagekräftig.» Denn im Wettbewerb um die Pflegekräfte würden viele Institutionen in den umliegenden Schweizer Kantonen andere Vorteile anbieten, wie höhere Zeitkompensationen oder Prämien für Dienstwechsel. Diese Vorteile kennt Liechtenstein nicht. Dadurch würden für Pflegerinnen und Pfleger teils attraktivere Arbeitsbedingungen de in der Schweiz herrschen als hierzulande.

Zudem sei davon auszugehen, dass mit der Umsetzung der Pflegeinitiative in den nächsten Jahren in der Schweiz noch weitere Massnahmen ergriffen werden, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Dies erzeuge zusätzlichen Handlungsbedarf für Liechtenstein.